

Betriebsrats-Info:

Betriebsräte fordern Beschäftigungsgarantie !

21.09.2005 13:19
DORENA SCHRAGOW



Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Tagen haben Sie diverse "Hiobsbotschaften" erhalten. Die daraufhin von allen am meisten gestellte Frage lautet: "Was bedeutet das für meine Tätigkeit, für meinen Arbeitsplatz?".



Diese Frage wurde allerdings in den Mitarbeiter-Briefen des Vorstandes nicht beantwortet. Auch nicht in den Tagungen der Wirtschaftsausschüsse, Aufsichtsräte und Gesamtbetriebsräte, trotz drängender Fragen der Arbeitnehmervertreter an die Vorstände.

Wieder und wieder wird uns erklärt, dass nur das "Grundkonzept" und „erste Entwürfe“ zu den neuen Strukturen vorhanden seien. Es gebe "keine Blaupausen in den Schubladen". Es seien auch noch keine Standortentscheidungen gefallen. Man würde jetzt erst die „zur Feinplanung notwendigen“ unternehmensübergreifenden Projektgruppen bilden. Von daher könne und wolle man auch keine Aussagen hinsichtlich - zugegeben erwarteter – Einsparungspotenziale vornehmen.

Tatsache ist, dass

- der Radikalumbau vom bisherigen Vorstandsvorsitzenden der Allianz Versicherungs-AG nicht mitgetragen wird, weshalb Herr Dr. Hagemann sein Amt mit sofortiger Wirkung niedergelegt hat
- die hoch profitablen Tochterunternehmen BVB und Frankfurter mit der Allianz Versicherungs-AG verschmolzen werden sollen
- noch offen ist, wo sich die AGIS in der neuen Struktur wieder finden wird
- die Vertriebsorganisationen bereits zum 1. Januar 2006 in eine separate Vertriebsgesellschaft ausgegliedert werden sollen (verbunden mit Reduzierungen der Anzahl von Filialdirektionen/Geschäftstellen)
- infolge der Verschmelzung, der Ausgliederung und der Reduzierung auf künftig vier Dienstleistungs- bzw. Vertriebsgebiete Synergie-Effekte von bisher ungeahntem Ausmaß und folglich auch ein entsprechender Stellenabbau zu erwarten sind
- die Allianz Private Krankenversicherung (APKV) zum wiederholten Male Strukturveränderungen hinnehmen muss
- eine neue "Deutschland-Holding" (als 100%ige Tochter der Allianz AG, künftig Allianz SE) unsere Geschicke steuern soll, was erhebliche Personaleinsparungen bei den Hauptverwaltungen erwarten lässt

All dieses wurde nach Aussage der Herren Diekmann und Dr. Rupprecht im kleinsten Kreis entschieden und verkündet

- ohne eine Vorstellung zu haben, wie die neuen Strukturen konkret aussehen sollen
- ohne jegliche Kosten-/Nutzenrechnung.

Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten wurden vorher

nicht konsultiert und erfuhren davon zunächst aus der Presse. Als viele Medien täglich neue "Nachrichten" aus der Allianz verbreiteten, übte sich das Hauptquartier in der Münchener Königinstrasse in Schweigen. Nach massiver Kritik von uns Betriebsräten wurde schließlich mit Presseerklärungen und mit Mitarbeiterbriefen die "Flucht nach vorn" angetreten.

Und dennoch sind die wichtigsten Fragen (siehe Eingangsfrage) offen. Als schließlich und endlich die Aufsichtsräte und Wirtschaftsausschüsse einberufen wurden, trug der (übrig gebliebene) Vorstand seine einsamen Grundsatzentscheidungen als sogenannte "Überlegungen" vor. Eine rechtliche Möglichkeit, den Arbeitgeber von derartigen unternehmerischen Entscheidungen abzuhalten, haben die Arbeitnehmervertretungen nicht. Das Gesetz sieht keine Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen vor.

Schon daraus wird deutlich, dass Pressemitteilungen, die von angeblich "einstimmiger Zustimmung der Arbeitnehmervertreter" dichtet, jeglicher Grundlage entbehren!

Um es klar und deutlich zu sagen: Wir sind genauso wenig wie der ehemalige Vorstandsvorsitzende vom Konzept des Holding-Vorstands überzeugt, können und wollen es nicht mittragen und haben dies auch deutlich erklärt.

Die mit diesem Konzept einher gehenden Risiken und Folgen für Geschäftsentwicklung, Kundenbindung und insbesondere für die Beschäftigung sind Besorgnis erregend.

Da wir die Vorstandsentscheidungen nicht verhindern können, konzentrieren wir uns darauf, alles zu unternehmen, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern und betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

Hierzu haben wir dem Vorstand eine **"Allianz für die Mitarbeiter"** vorgeschlagen. Damit ist eine Zusage des Vorstands gemeint, dass – zumindest für eine gewisse (nennenswerte!) Zeitspanne - wegen der Umstrukturierungen keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden.

Im Gegenzug für diese „Allianz für die Mitarbeiter“ bekäme das Unternehmen die Chance, den Umbau **nicht gegen** Mitarbeiter und Betriebsräte durchsetzen zu müssen **sondern mit** den Mitarbeitern und Betriebsräten. In diesem Sinne bedeutet "Allianz für die Mitarbeiter" auch "Mitarbeiter für die Allianz". Wir nehmen damit Herrn Dr. Rupprecht beim Wort, der sagte: "Wir können die Allianz gemeinsam zu einem Best Practise-Unternehmen in jeder Hinsicht machen" (Zitat aus seinem Interview).

Die Herren Diekmann und Dr. Rupprecht werden sowohl von den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat als auch von den Betriebsräten dringend und nachdrücklich aufgefordert, diese „Allianz für die Mitarbeiter“ einzugehen, in dem sie endlich eine Beschäftigungsgarantie für unsere Kolleginnen und Kollegen abgeben. Nur so werden sie wieder Ruhe in die Unternehmen bringen und die Existenzängste in den Belegschaften beseitigen.

Wir werden Sie über aktuelle Entwicklungen und Entscheidungen auf dem Laufenden halten.

Für den Fachausschuss Versicherungen
im Konzernbetriebsrat
Gesamtbetriebsräte in den Allianz Gesellschaften